

Offener Dialog zwischen Jugendamt und Pflegeeltern im Bördekreis: Fachgespräch fördert partnerschaftliche Kommunikation und Zusammenarbeit

Haldensleben. Neuland haben das Jugendamt und die Pflege- und Adoptiveltern im Landkreis Börde mit einer gemeinsamen Beratung am 6. November betreten: Auf Einladung von Landrat Martin Stichnoth und organisiert durch den Landesverband für Pflege- und Adoptiveltern im Land Sachsen-Anhalt e. V. trafen sich erstmals rund 40 Pflegeeltern und Vertreter des Jugendamts sowie die Vorstandsmitglieder des Landesverbandes zu einem offenen Fachgespräch im Landratsamt. Auch der Landrat und Dirk Michelmann, seit wenigen Wochen als Dezernent u.a. für das Jugendamt zuständig, ließen es sich nicht nehmen, an der Veranstaltung teilzunehmen.

Er sei dankbar für die Möglichkeit, in einem solchen Rahmen miteinander ins Gespräch zu kommen, Verständnis für die Aufgaben und Probleme im Pflegekinderwesen aus der Sicht beider Seiten kennen zu lernen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, betonte Dirk Michelmann in seinen einleitenden Worten.

Das enge Miteinander von fachlichen versierten Verwaltungsmitarbeitern und ehrenamtlich engagierten, oftmals emotional sehr stark geforderten Pflegeeltern stellte auch Wolfgang Heine, 2. Vorsitzender des Landesverbandes, in den Mittelpunkt seines Beitrages. Er warb für den Zusammenschluss der Pflegeeltern in örtlichen Gruppen oder Initiativen. Diese sind als Bindeglied nicht nur zwischen den Jugendämtern und den Pflegefamilien, sondern auch zwischen erfahrenen und jüngeren Pflegeeltern ein wichtiger Ansprechpartner. Deshalb wünsche er sich - so Heine -, dass durch dieses Gespräch auch im Bördekreis Gleichgesinnte angeregt werden, sich regelmäßig zu treffen. Der Landesverband bietet beim Aufbau entsprechender Strukturen sehr gerne seine Unterstützung an. Durch seine Mitarbeit in zahlreichen sozialen Gremien vertritt der Verband aber auch landes- und bundesweit die Interessen der Pflegeeltern und bringt sich aktiv in die Diskussion um Gesetzesänderungen ein.

Diese immer wieder notwendigen Anpassungen von Regelungen und Gesetzen an die reale Situation im Pflegekinderwesen griff auch die Referentin Henrike Hopp aus Berlin in ihrem Hauptvortrag auf. Mit der versierten und anerkannten Fachfrau im Pflegekinderwesen konnte der Landesverband eine Referentin gewinnen, die sich in ihrem Beitrag nicht nur auf Situationsanalysen beschränkte, sondern aus ihrem großen Erfahrungsschatz auch viele praktische Hinweise und Lösungsansätze sowohl für die Verwaltungsmitarbeiter als auch für die Pflegeeltern vermittelte.

Unter dem Thema „PKD und ASD: Zwei Dienste – eine Aufgabe“ stellte Henrike Hopp die fachlichen Aufgaben und die Verzahnung des Pflegekinderdienstes (PKD) und des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) vor. Ausgehend von den gesetzlichen Grundlagen erläuterte sie rechtliche und fachliche Aspekte der Begleitung und Beratung sowohl der Herkunfts- als auch der Pflegeeltern. So hat das Jugendamt nach einer Inobhutnahme von Kindern zunächst verschiedene Möglichkeiten, durch

Hilfe zur Erziehung in den Herkunftsfamilien eine Rückkehr der Kinder zu ermöglichen. Während dieser Zeit können die Kinder u. a. in einer Pflegefamilie betreut werden. Ist eine Änderung der Situation in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Interesse der Entwicklung des Kindes vertretbaren Zeitrahmens nicht möglich, kann der Aufenthalt in der Pflegefamilie auf eine Dauerbetreuung festgelegt werden. Dazu bedarf es einer Entscheidung des Familiengerichts. Gerade an dieser sensiblen Stelle komme es oftmals zu Problemen, die im Interesse der betreuten Kinder und Jugendlichen gelöst werden müssen. Dazu seien Transparenz der Entscheidungen und die Bereitschaft zur Kommunikation zwischen allen Partnern notwendig. Dies, so die Referentin, sei ein gegenseitiger Lernprozess, der Verständnis auf allen Seiten erfordere.

Dass und warum hier in der Praxis oftmals „die Säge klemmt“, wurde in der anschließenden Diskussion deutlich, die von Andrea Wegner, Landesgeschäftsführerin des Deutschen Kinderschutzbundes, souverän moderiert wurde.

So stehen auch im Bördekreis für die wachsende Zahl der Inobhutnahmen von Kindern aus Familien mit komplizierteren Problemlagen immer weniger Pflegeeltern zur Verfügung. Damit wird es schwieriger, für die Kinder die passenden Pflegefamilien zu finden. Umso wichtiger – so betonte Dezernent Dirk Michelmann – sei der Austausch zwischen Pflegeeltern und Jugendamt.

Mit konkreten Fragen nahmen die Pflegeeltern dieses Angebot an. Dabei ging es u. a. um Inhalt und Form der Hilfeplangespräche, die Übernahme von Vormundschaften oder unterschiedliche Rahmenbedingungen. So beklagte eine Pflegemutter, dass sie für ihre Kinder unterstützende Therapien wie Supervision in Niedersachsen nutze, weil es in Sachsen-Anhalt dafür keine finanzielle Unterstützung gibt.

Einheitliche Rahmenbedingungen für die Pflegeeltern zu schaffen, ist ein Anliegen für das sich der Landesverband gegenwärtig sehr stark einsetzt. Birgit Patricia Eilenberger vom Fachzentrum für Pflegekinderwesen Sachsen-Anhalt verwies auch auf die Unterstützung, die die Einrichtung in Bernburg für die Pflegeeltern anbietet.

Auf die Fragen, wer den angemessenen Zeitraum für eine Rückführung festlegt und wie die Entscheidung bei unterschiedlichen Meinungen von Pflegeeltern und Jugendamt fällt, verwies Frau Kählert, Sachgebietsleiterin ASD, immer auf die Suche nach einem Konsens im Interesse des betroffenen Kindes. Gerade bei der Rückführung gäbe es keine klare Regelung, vielmehr sei die Prüfung des Einzelfalls notwendig. Hier sei durchaus zu betrachten, in welchem Alter das Kind aus der Herkunftsfamilie genommen wurde, wie lange es bereits in der Pflegefamilie lebt und welche Bindungen es aufgebaut hat.

Immer wieder für Diskussion Sorge auch die weit verbreitete Meinung, Pflegeeltern seien Dienstleister der Jugendämter. Dieser „Marktbegriff“ – so Dirk Michelmann – sei unpassend. Hier gehe es vielmehr um eine Partnerschaft. Auch Henrike Hopp verwies darauf, dass Pflegeeltern zwar eine Leistung für das Jugendamt erbringen,

aber kein Geld für sich, sondern Unterhalt für ihr Pflegekind bekommen.

Auf die Frage, ob man auch landkreisübergreifend nach Pflegeeltern suche, antwortete Landrat Martin Stichnoth, dass dies bisher noch kein Thema bei den Landratsberatungen war. Die Situation sei sicher in allen Landkreisen angespannt. Er sei aber bereit, diese Frage mitzunehmen, wenn der Bedarf besteht.

Nach gut zwei Stunden zeigte sich der Landrat in seinem Schlusswort optimistisch, dass die gemeinsame Veranstaltung ein Auftakt für weitere derartige Gespräche sein könnte. „Probleme offen anzusprechen und gemeinsam auszudiskutieren ist ein Weg, sie gemeinsam zu lösen“ betonte Martin Stichnoth. Er bedankte sich bei den Pflegeeltern für das große Engagement, mit dem sie sich tagtäglich ihrer verantwortungsvollen und schwierigen, aber auch dankbaren Aufgabe stellen und versprach, auch weiterhin in Kontakt zu bleiben.

Ein positives Fazit zog auch Kathrin Kube vom Landesverband: „Das informative und sachliche Fachgespräch war ein erster Schritt auf dem Weg zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit aller Beteiligten. Es komme nun darauf an, diesen Weg fortzuführen und auch konkrete Einzelfälle auf fachlicher Ebene und im sachlichen Gespräch miteinander zu lösen. Als Landesverband werden wir dieses Miteinander unterstützen und bei Bedarf auch begleiten.“

Text und Fotos: Ingelore Kamann



